

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen
für Umwelt, Raumplanung und
Energie

CH-3003 Bern

Tel. 031 322 97 68 / 97 34

Fax 031 322 98 72

www.parlament.ch

urek.ceate@pd.admin.ch

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates

48. Legislaturperiode (2007–2011)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 und späteren Änderungen wurden der UREK folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Umweltschutz
- Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege
- Gewässerschutz
- Landes-, Regional- und Ortsplanung
- Wasserwirtschaft
- Energie und Energieversorgung
- Forstwesen, Jagd, Fischerei

2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode (2007–2011)

21 Statistischer Überblick

Die UREK-N hat insgesamt 223 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	6	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	21	
c.	Berichte des Bundesrates	9	
d.	Mitberichte	4	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	5	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	35	<i>Folge gegeben 6 keine Folge gegeben 23</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	7	<i>Zustimmung 7</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	6	<i>Folge gegeben 1 keine Folge gegeben 5</i>
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.	9	

	lv. / Kt. lv. 2. Phase, Komm. lv.)		
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	2	<i>Annahme 2</i>
k.	Kommissionsvorstösse	26	<i>Motionen 16 Postulate 10</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	32	<i>Angenommen 28 (unverändert 25 / abgeändert 3) Abgelehnt 4</i>
m.	Petitionen	10	
n.	Interne Geschäfte	49	
o.	Spezialfälle	2	
	Total	223	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

- [01.083 s Alpenkonvention. Durchführungsprotokolle](#)
- [06.059 s Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheit. Bundesgesetz](#)
- [07.045 s Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie. Übereinkommen](#)
- [07.060 s Lebendiges Wasser. Volksinitiative](#)
- [07.062 n RPG. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Flankierende Massnahmen zur Aufhebung](#)
- [08.037 ns Unwetterschäden 2005 im Kanton Obwalden. Leistungen des Bundes](#)
- [08.046 ns Kompensation der CO₂-Emissionen von Gaskombikraftwerken. Verlängerung des Bundesbeschlusses](#)
- [08.073 n Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen. Volksinitiative](#)
- [08.074 n Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen. Volksinitiative](#)
- [09.043 n Dritte Rhonekorrektur](#)
- [09.067 n Für ein gesundes Klima. Volksinitiative](#)
- [09.061 s Energiegesetz. Änderung](#)



- [10.017 n Für menschenfreundlichere Fahrzeuge. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Révision](#)
- [10.018 s Raum für Mensch und Natur \(Landschaftsinitiative\). Volksinitiative](#)
- [11.024 s Energiegesetz. Änderung](#)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Link oben) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die UREK-N behandelte in der 48. Legislaturperiode eine Reihe unterschiedlicher und oft komplexer Entwürfe des Bundesrates. Erwähnenswert ist insbesondere die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, mit welcher die Klimapolitik der Schweiz für die Jahre 2013–2020 festgelegt wird. Dieser Entwurf ist als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» (09.067) vorgesehen. Gemäss der Vorlage des Parlaments sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent im Inland reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels legt der Entwurf ein umfassendes Massnahmenpaket fest. Ebenfalls erwähnenswert ist die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, welche auch ein indirekter Gegenentwurf zu einer Volksinitiative, der Landschaftsinitiative, ist. Mit dieser umfassenden Revision sollen die drängendsten Probleme der schweizerischen Raumplanung, nämlich die Zersiedelung und der Kulturraumverlust, angegangen werden.

Ausserdem befasste sich die Kommission mit mehreren punktuellen Revisionen des Energiegesetzes. Eine dieser Revisionen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (10.017) und sieht vor, die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von neu immatrikulierten Personenwagen bis 2015 auf 130 g/km zu senken.

In der ersten Legislaturhälfte befasste sich die Kommission u. a. mit der Vorlage zur Kernenergiehaftpflicht (07.045) und der Revision des Raumplanungsgesetzes zur Lösung der Zweitwohnungsproblematik (07.062). Bei der Haftpflicht auf dem Gebiet der Kernenergie sah der Bundesrat in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen eine Erhöhung der Versicherungsdeckung auf 1,8 Milliarden Franken vor. Die RPG-Revision zielte darauf ab, den Bestand von Zweitwohnungen in stark betroffenen Gebieten zu regulieren. Dazu sollten flankierende Massnahmen ergriffen werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen.

In den weiteren von der Kommission behandelten Erlassentwürfen waren vor allem Umwelthanliegen (Klimaschutz, Ressourcenknappheit) ein zentrales Thema.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Vorlagen, welche die UREK-N ausgearbeitet hat:

- [02.473 n Pa. Iv. CO₂-Gesetz. Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich \(Hegetschweiler\)](#)



- [07.429 n Pa. Iv. Sanierung von belasteten Kugelfängen. Fristverlängerung bis 2012 \(Büchler.\)](#)
- [08.481 n Pa. Iv. Förderung erneuerbarer Energien \(Bourgeois\)](#)
- [08.314 n Kt. Iv. Bauen ausserhalb der Bauzone \(St-Gall\)](#)
- [10.480 n Pa. Iv. Keine unnötige Bürokratie im Bereich der Stromnetze \(UREK-NR\)](#)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Link oben) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die Vorlage 02.473 schaffte die gesetzliche Grundlage für finanzielle Anreize, um energetische Gebäudesanierungen sowie erneuerbaren Energien im Gebäudebereich zu fördern. Bis zu 200 Millionen Franken aus der jährlichen CO₂-Abgabe können für diese Zwecke verwendet werden.

Mit der Änderung des Umweltschutzgesetzes (07.429) schuf die Kommission eine letzte Möglichkeit, Schiessanlagen mit finanzieller Unterstützung des Bundes zu sanieren, indem sie die Fristen auf 2012 resp. 2020 verlängerte.

Zur Förderung einheimischer erneuerbarer Energien schliesslich (08.481) beantragte die Kommission eine Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Die Beratungen zu dieser Vorlage nahm sie zusammen mit der parlamentarischen Initiative der UREK-S zu den Wasserzinsen (08.445) wahr.

Ausserdem beantragte die Kommission eine Neuregelung für die Änderung und den Wiederaufbau von Wohnbauten ausserhalb der Bauzone (08.314). Neu sollen auch Wohnbauten, die vor dem 1. Juli 1972 landwirtschaftlich bewohnt waren, abgebrochen, wiederaufgebaut oder ausserhalb des bestehenden Gebäudevolumens erweitert werden dürfen. Veränderungen am äusseren Erscheinungsbild müssen allerdings für eine zeitgemässe Wohnnutzung oder eine energetische Sanierung nötig bzw. darauf ausgerichtet sein, die Einpassung in die Landschaft zu verbessern.

Schliesslich schickte die Kommission Vorentwürfe u. a. zu folgenden Themen in die Vernehmlassung: Agrotreibstoffe (09.499), gedeckte Holzschnitzzellager im Wald (10.470), Haltung von Sport- und Freizeitpferden in der Landwirtschaftszone (04.472).

24 Erlassentwürfe des andern Rates

Bei der Beratung der parlamentarischen Initiative der UREK-S [07.492 s Pa. Iv. "Schutz und Nutzung der Gewässer"](#) beantragte die UREK-N verschiedene Änderungen insbesondere dort, wo es um die Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Nutzflächen ging. Ziel der Initiative ist es, einen ausgewogenen Schutz der Gewässer zu gewährleisten, ohne die Nutzung unnötig einzuschränken.



Der Entwurf ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Lebendiges Wasser" (07.060).

Mit dem Entwurf zu 08.445 s Pa. Iv. Angemessene Wasserzinsen beabsichtigte die UREK-S, das Wasserzinsmaximum über einen bestimmten Zeitraum gestaffelt zu erhöhen. Die Vorlage wurde in einer Subkommission der UREK-N zusammen mit der parlamentarischen Initiative zur Förderung erneuerbarer Energien (08.481) beraten. So konnten beide Anliegen – einerseits dem Wert der Speicherenergie Rechnung zu tragen und andererseits die einheimischen erneuerbaren Energien zu fördern – aufgenommen und koordiniert umgesetzt werden.

25 Vorprüfungen

Die UREK-N prüfte insgesamt 35 parlamentarische Initiativen aus dem Nationalrat sowie 6 Standesinitiativen vor. In 28 Fällen entschied sie, keine Folge zu geben, und bei 8 Initiativen beschloss sie, einen Entwurf auszuarbeiten. In allen 7 Fällen, in denen die Schwesterkommission einer Initiative aus dem Ständerat Folge gegeben hatte, folgte ihr die Kommission. Der Grossteil der behandelten parlamentarischen Initiativen betraf die Energiepolitik.

26 Vorstösse

Die UREK-N war in der 48. Legislatur überaus aktiv und arbeitete 16 Motionen und 10 Postulate aus. Damit wirkte die Kommission auf die Gebiete der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ein. Sie verlangte auch Massnahmen im Umwelt- und Naturschutz, eine Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere und Anreize für energieeffizientes Bauen. Mit Vorstössen betreffend Stromversorgungsgesetz und -verordnung wirkte die Kommission massgebend einer markanten Strompreiserhöhung entgegen.

Schliesslich behandelte die UREK-N 32 Motionen, die vom Ständerat angenommen oder abgeändert worden waren.

27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die UREK-N im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie liess sich u. a. über die Entwicklungen auf dem Strommarkt, die Strompreiserhöhung und die Situation der Energiegrossoverbraucher orientieren. Zudem diskutierte die Kommission wiederholt über die energie- und klimapolitischen Auswirkungen des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie. Auch die Frage der Sicherheitsstandards und der Lagerung radioaktiver Abfälle wurde thematisiert. Die Kommission informierte sich ausserdem über die Umsetzung des CO₂-Gesetzes und beobachtete die Entwicklung bei den Zweitwohnungen in der



Schweiz. Schliesslich verfasste sie vier Mitberichte und äusserte sich damit zu Geschäften, die in anderen Kommissionen beraten wurden.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 – Wintersession 2009: Toni Brunner (V/SG)
- Präsident Wintersession 2009 – Wintersession 2011 : Jacques Bourgeois (RL/FR)
- Vizepräsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Jacques Bourgeois (RL/FR)
- Vizepräsident Wintersession 2009 – Wintersession 2011 : Eric Nussbaumer (S/BL)

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: *Brunner, Bourgeois, Amstutz, Bader Elvira, Bäumle, Bigger, Cathomas, Chevrier, Girod, Grunder, Hutter Jasmin, Killer, Leutenegger Filippo, Lustenberger, Messmer, Nordmann, Nussbaumer, Parmelin, Pelli, Rechsteiner-Basel, Rutschmann, Stump, Teuscher, van Singer, Wyss Ursula*
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
Favre Laurent (RL/NE) ersetzt Pelli (RL/TI) ab März 2009;
neue Mitglieder: Wasserfallen (RL/BE) ab März 2009
Wobmann ersetzt Hutter Jasmin ab Februar 2010
Roberto Schmidt ersetzt Chevrier seit der Frühjahrsession 2010
Jans ersetzt Rechsteiner-Basel seit der Sommersession 2011
Fuchs ersetzt Amstutz ab August 2011

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

- Subkommission „CO₂-Gesetz“; Mitglieder: *Lustenberger, Amstutz, Bourgeois, Rechsteiner-Basel, Rutschmann*
- Subkommission „Wasserzinsen und KEV“; Mitglieder: *Bourgeois, Cathomas, Killer, Nordmann, Nussbaumer, Rutschmann, Teuscher*
- Subkommission «Agrotreibstoffe»: *Nordmann, Bader Elvira, Bigger, Favre Laurent, Girod, Parmelin, Rechsteiner-Basel*



4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 39 Sitzungen haben 59 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten gesamthaft 363 Stunden. Während den Sessionen fanden insgesamt 7 Sitzungen statt, die total 7 Stunden dauerten.

42 Subkommissionen

Die 14 Sitzungen dauerten insgesamt 40 Stunden.

5 Ausblick

Die Umsetzung des Beschlusses von Parlament und Bundesrat, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen, wird aller Voraussicht nach eines der zentralen Themen der nächsten Legislatur sein. In diesem Zusammenhang wird die Kommission u. a. über den Ersatz der Stromproduktionskapazitäten, die erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie die dezentrale Stromproduktion und ihre Folgen für die Stromnetze diskutieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Kommissionsarbeiten werden die raumplanerischen Probleme in Zonen ausserhalb der Bauzone darstellen, über welche die Kommission im Rahmen einer umfassenden Revision zu befinden haben wird.